Stand: 17.11.2026 02:09:47

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/17279

"Sofortprogramm Starkregenvorsorge und Extrem-Hitze-Schutz"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/17279 vom 20.07.2021
2. Beschluss des Plenums 18/17479 vom 22.07.2021
3. Plenarprotokoll Nr. 90 vom 22.07.2021

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 20.07.2021 **Drucksache** 18/**17279**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl, Rosi Steinberger, Christian Hierneis, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Dr. Markus Büchler, Paul Knoblach, Martin Stümpfig, Hans Urban, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Sofortprogramm Starkregenvorsorge und Extrem-Hitze-Schutz

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, angesichts der aktuellen Starkregen- und Extrem-Hitze-Ereignisse ein 11-Punkte-Sofortprogramm im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel mit folgenden Maßnahmen umzusetzen:

1. Task-Force Starkregen-Ereignisse einrichten
2. Starkregennothilfefonds einführen
3. Sonderprogramm kommunales Sturzflutrisikomanagement wieder neu auflegen mit höheren Förderquoten und -sätzen (bis zu 80 Prozent und bis zu max. 250.000 Euro Förderhöchstgrenze)
4. Starkregengefahrenkarte für ganz Bayern erstellen lassen und veröffentlichen
5. Bayerische Überschwemmungskartierung des Landesamts für Umwelt (LfU) auf Grundlage der Starkregengefahrenkarte aktualisieren
6. Starkregen-Frühwarnsystem einführen, unabhängig von Strom und Internetversorgung, und Bevölkerungsschutzkonzepte sowie Koordination der kommunalen Vorsorge bei Sturzfluten, z. B in Form von Notfallplänen für die Evakuierung, überarbeiten
7. Öffentlichkeitsarbeit zur Verhaltensvorsorge bei Starkregen verstärken
8. Task-Force Extrem-Hitze-Ereignisse einrichten
9. Koordinationsstelle Hitze-Vorsorge beim Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) insbesondere zur Unterstützung der bayerischen Kommunen schaffen
10. Sonderprogramm zur Förderung kommunaler Hitzeaktionspläne auflegen
11. Bayerische Feuerwehren gezielt bei der Ausstattung für Spezialausrüstung für die Waldbrandbekämpfung unterstützen

Begründung:

Die aktuellen Starkregen und Sturzfluten in Europa sowie die Extrem-Hitze und Waldbrände in Nordamerika haben eine gemeinsame Ursache, den anthropogenen Klimawandel, d. h. die vom Menschen wesentlich verursachte Klimaerhitzung. Das letzte Jahrzehnt ist unter anderem geprägt von einem signifikanten Anstieg der weltweiten Durchschnittstemperatur, Erwärmung der Meere und Abschmelzen der Polkappen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Hierdurch werden die klimatischen Bedingungen erheblich beeinflusst. Starkregen, Sturzfluten, Hitzewellen und Dürren auch in gemäßigten Breiten der Nordhalbkugel der Erde nehmen zu. Nach drei erheblich zu warmen und trockenen Jahren mit zeitweisen Hitzewellen erlebt Deutschland und insbesondere Bayern ein sehr feuchtes Jahr mit zahlreichen Starkregenereignissen mit Tagesniederschlägen von zum Teil deutlich über 100 Liter pro Quadratmeter. Dabei kommt es gehäuft zu Hochwassersituationen, die oft jenseits von Jahrhunderthochwassern liegen.

In den vergangenen Jahrzehnten wurde die Entwässerung unserer Landschaften mit Gräben, Rohren, Drainagen, Kanälen sowie begradigten Bächen und Flüssen beschleunigt. Hinzu kommen die verstärkte Versiegelung, kommunaler Flächenverbrauch und Straßenbau, die intensive Bewirtschaftung der Flächen, die Herausnahme von Hecken und Feldrainen und die Verdichtung der Böden. Dies alles hat die Abflussgeschwindigkeiten und den Bodenabtrag aus der Fläche erhöht und verschärft die Bedrohung durch Sturzfluten und Hochwasser. Um den wachsenden Hochwassergefahren zu begegnen braucht es neben Klimaschutz und Anpassung an die klimatischen Veränderungen vor allem die Rückgängigmachung dieser Landschaftsveränderungen.

Ebenso besteht die Gefahr, dass auch noch diesen Sommer die nächsten Hitzewellen drohen. Selbst Extrem-Hitze-Ereignisse wie jetzt in Kanada und USA sind nicht völlig unwahrscheinlich. Deshalb müssen jetzt kurzfristig alle möglichen Verbesserungen zum Schutz der Bevölkerung und Minimierung von Schäden im Vordergrund stehen: Frühwarnsysteme, Gefährdungsanalysen, bessere Ausrüstung der Helferinnen und Helfer, Hitzeaktions- und Sturzflutrisikomanagementpläne, verbesserte landesweite Finanzierung, Koordination und Unterstützung der Instrumente und Hilfen.

Die Versicherer beklagen das wachsende Ausmaß der Schäden und ihre extreme Häufung. Die Zunahme an Extremwetterlagen führt zu enormen wirtschaftlichen Schäden. Auch der Städte- und Gemeindebund fordert angesichts der vielen Todesopfer, Verletzten und Geschädigten eine Reform des Bevölkerungsschutzes.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 22.07.2021 **Drucksache** 18/**17479**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl, Rosi Steinberger, Christian Hierneis, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Dr. Markus Büchler, Paul Knoblach, Martin Stümpfig, Hans Urban, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 18/**17279**

Sofortprogramm Starkregenvorsorge und Extrem-Hitze-Schutz

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring
Abg. Patrick Friedl
Abg. Martin Wagle
Abg. Christian Klingen
Abg. Benno Zierer
Erster Vizepräsident Karl Freller
Abg. Ruth Müller
Abg. Christoph Skutella
Staatsminister Thorsten Glauber
Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Wir kommen nun zur Beratung des nächsten Dringlichkeitsantrags:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sofortprogramm Starkregenvorsorge und Extrem-Hitze-Schutz (Drs. 18/17279)

Ich darf Ihnen für Ihr Redezeitbudget bekannt geben: Da die Staatsregierung überzogen hat, hat die CSU für ihre Rede nun drei Minuten länger Zeit. Die GRÜNEN haben drei Minuten, die FREIEN WÄHLER drei Minuten und AfD, SPD und FDP jeweils zwei Minuten mehr Redezeit. Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Kollegen Patrick Friedl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Patrick Friedl (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es schon in der Aktuellen Stunde gesagt. Trotzdem wiederhole ich hier, dass wir die Opfer betrauern, mit den Angehörigen trauern und für die Solidarität, die wir in Bayern und in Deutschland erleben, sowie den enormen Einsatz der Rettungskräfte sehr dankbar sind. Das ist alles fraglos extrem wichtig. Ich bin auch dabei, dass wir hier zusammenstehen.

Wir haben hier gestern eine Regierungserklärung gehört, die sich umfassend des Themas Klimaschutz und Klimaanpassung angenommen hat, aber nur umfassend in der Ankündigung von Zielgrößen. Wir haben konkrete Änderungen und Zielvorstellungen sowie ein klares Programm vermisst. Wir haben auch kein Gesetz vorgelegt bekommen. Zum wiederholten Male haben wir aber vom Festhalten am Freiwilligkeitsdogma gehört. Das Freiwilligkeitsdogma in der Klimapolitik hat uns in die heutige Situation der bayerischen Klimapolitik geführt. Aus dieser Sackgasse wollen Sie auch jetzt nicht heraustreten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Klimapolitik darf aber keine Politik nach dem Motto "Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass" sein. Wir müssen befürchten, viel mehr mit Nässe zu tun zu haben. Es kann doch nicht sein, dass wir diese Politik in dieser Form fortsetzen wollen!

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

– Ja, hierzu komme ich gleich. Das ist mein nächster Satz. Gleichzeitig – das ist die Kehrseite dessen, dass wir sehr viel mit aufgeladenen, nassen Wetterlagen zu tun haben – können wir auch mit sehr langen, ausführlichen Hitzeereignissen zu tun haben. Wir hatten jetzt drei trockene Jahre. Wer dies ignorieren will, darf dies weiter ignorieren, aber es ist offenkundig. Wir haben es auf der einen Seite mit Starkregenereignissen und sehr viel Wasser und auf der anderen Seite mit enormer Trockenheit zu tun.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

Die Starkregenereignisse mahnen uns, umgehend aktiv zu werden. Wir haben Ihnen heute ein 11-Punkte-Sofortprogramm vorgelegt und Ihnen darin dringliche konkrete Maßnahmen zur schnellen Einleitung präsentiert.

Der erste Punkt ist eine Taskforce Starkregen-Ereignisse, die eingerichtet werden soll. Wir brauchen dringend mehr Personal und das Zusammenziehen der vorhandenen Kompetenzen aus den Behörden, den Universitäten und den außeruniversitären Einrichtungen. Wir müssen gemeinsam an einer verbesserten Starkregenvorsorge arbeiten. Wir haben einige Anfragen gestellt. In einer Antwort, die wir heute auf eine Anfrage erhielten, bei der wir nach einem Starkregen-Krisenstab gefragt hatten, wurden wir auf den Hochwassernachrichtendienst verwiesen. So stellen wir uns die Bearbeitung von Starkregenrisiken nicht vor. Wir erwarten, dass es eine Taskforce gibt, die sich jetzt mit der Starkregenvorsorge beschäftigt.

Wir wollen zu der Soforthilfe, über die wir heute viel gehört haben und bei der wir sehr dankbar sind, dass sie jetzt gemeinsam auf den Weg gebracht worden ist, auch einen

Starkregen-Nothilfefonds, der für die künftigen Notwendigkeiten bei der Starkregenbearbeitung und für die Risiken für die Menschen finanzielle Vorsorge trifft.

Als Drittes wollen wir das Sonderprogramm kommunales Sturzflutrisikomanagement neu aufgelegt haben. Hier wird auf die RZWas verwiesen, die dies beinhaltet. Sie hat es aber auch vorher beinhaltet. Das Problem der RZWAs ist, dass sie erstens eine Kann-Vorschrift ist und zweitens – auch das haben wir nachgefragt – ist überhaupt keine Mittelhöhe definiert, die dafür zur Verfügung steht. In der Antwort steht schlicht, es sei genug Geld vorhanden. Das ist uns zu unkonkret. Wir verstehen auch nicht, dass Sie, nachdem erst 100 von 2.056 bayerischen Kommunen in ein Starkregenrisikomanagement eingestiegen sind, das wirksame Förderprogramm zum 31.12. haben auslaufen lassen. Das müssen wir dringend fortsetzen. Die Kommunen brauchen eine effektive Unterstützung und klare Mittel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es reicht auch nicht, dass der Leitfaden erst Anfang 2022 fertig werden soll.

Vierter Punkt: Die Starkregengefahrenkarte ist in Erarbeitung. Das wurde in der Anfrage auch beantwortet. Gleichzeitig wird zu Recht darauf hingewiesen, dass diese – obwohl sie mitten in der Bearbeitung ist – natürlich dringend überarbeitet werden muss. Ich finde es richtig – das haben Sie, Herr Glauber, vorhin gesagt –, alle neuen Erkenntnisse miteinzubeziehen, aber dies muss auch nachdrücklich erfolgen, und hier müssen wir einmal klar hören, ob von dem HQ100 vielleicht gänzlich Abstand genommen wird und wir vielleicht künftig mit einem HQ200 plus Klimazuschlag arbeiten. Sie haben es angedeutet. Ich denke, da müssen wir hingelangen.Wir brauchen das natürlich möglichst bald öffentlich zugänglich. Da hieß es jetzt: "im November". – Ich sage mal: Je früher die Daten für die Kommunen da sind, umso besser.

Als Fünftes wollen wir die Überschwemmungskartierung in den Blick nehmen. Auch darüber haben wir vorhin schon diskutiert. Die jetzigen Überschwemmungskarten zu nehmen, wird nicht reichen. Wir brauchen neu erarbeitete Überschwemmungskarten.

Da werden wir in sehr große Konfliktbereiche kommen, weil in vielen künftigen Überschwemmungsgebieten massiv gebaut worden ist. Das heißt, Menschen sind davon betroffen, dass sie in künftigen Überschwemmungsgebieten leben. Man muss sich auch darüber unterhalten, was die Menschen – neben den versicherungsrechtlichen Problematiken – an Unterstützung erhalten, damit sie ihre Gebäude vor extremem Hochwasser besser schützen können.

Zum Starkregenfrühwarnsystem als sechstem Punkt ist heute schon viel gesagt worden. Ich will das gar nicht noch groß ergänzen, außer mit einem Punkt: Wir brauchen überarbeitete Bevölkerungsschutzkonzepte. Das heißt, die Koordination der kommunalen Vorsorge bei Sturzfluten muss deutlich verbessert werden. Wir brauchen auch Notfallpläne für die Evakuierung. Diese sind zum Teil vorhanden, aber sie müssen strukturell erarbeitet werden. Da komme ich wieder zum Krisenstab. Wir brauchen hier natürlich auch in der konkreten Katastrophenvorsorge eine sehr stringente Zusammenarbeit, damit relativ klar ist, wer in welcher Geschwindigkeit welche Notfallunterkünfte zur Verfügung stellen kann.

Als siebten und letzten Punkt für den Bereich Starkregenvorsorge haben wir die Öffentlichkeitsarbeit noch einmal betont. Die Menschen müssen erfahren und wissen, wie sie sich zu verhalten haben und wie sie sich schützen können. Auch darüber wurde heute schon einiges gesagt. Die Frühwarnsysteme müssen allen Menschen so klar zur Verfügung und vor Augen stehen, dass sie auch dort, wo sie früher nicht wussten, dass sie bei Starkregen tatsächlich in Gefährdungsbereichen liegen, heute ein ganz anderes Bewusstsein dafür haben.

Auch Informationen, dass jetzt Überschwemmungen kommen, sind wichtig. Sie haben auf den DWD hingewiesen. Der DWD informiert halt über die Überschwemmungsregion. Wenn aber so etwas wie jetzt in Nordrhein-Westfalen geschieht und von "bis zu 200 Millimetern" die Rede ist, dann müssen die Menschen eine Einschätzung haben, welch katastrophale Bedrohung das für sie ist.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Das ist der Klimawandel! Das müssen sie auch erfahren!)

– Ja. – Zum Thema "Vorsorge für die Entwässerung unserer Flur" haben wir auch noch Programme bei Ihnen abgefragt, nämlich ob Sie einmal so etwas wie ein Drainagerückbauprogramm andenken. Darauf haben wir die Antwort erhalten: Nein, das wird es nicht geben. – Ich bitte, darüber wirklich noch einmal nachzudenken. Wir müssen die Entwässerung der Flur zurückbauen. Dass alle unsere Felder drainiert sind, ist eines der zentralen Probleme, warum Wasser schnell aus der Flur abfließt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Natürlich müssen auch Mittel zur Entschädigung für die Landwirtinnen und Landwirte her.

Das andere ist das Schwammstadtprogramm. Da ist eine komplette Leerstelle. Wie können denn Stadtbegrünung und die grüne und blaue Infrastruktur der Städte auch von Bayern aus gefördert werden? – Da kam der Hinweis, dass es ein Gebäudeprogramm mit zwölf Gebäuden gibt, die dazu etwas beitragen, wenn sie jetzt errichtet worden sind. Das kann nicht die Antwort auf die große Thematik Schwammstadt sein und die Frage, wie die Städte ihr Wasser besser zurückhalten.

Dann komme ich noch einmal zur Hitze. Zu den Starkregen kommen leider die intensiveren und extremeren Hitzewellen. Sie haben immer noch keine wirksame Strategie, wie mit den zu erwartenden Hitzeereignissen umzugehen ist. Während wir bei den Starkregenereignissen wenigstens die Krisenkräfte erkennen und sehen, wie diese ineinandergreifend arbeiten, haben wir bezüglich der Hitzekoordination überhaupt keine Erkenntnisse bekommen. Wir haben das konkret abgefragt. Da besteht eine Leerstelle.

Auch hier brauchen wir so etwas wie eine Taskforce oder wie immer Sie es nennen wollen. Aber sie muss schnell eingerichtet werden. Fachleute aus Behörden, Universi-

täten und anderen Einrichtungen müssen dabei sein. Dazu haben wir konkret gefordert – das fordern wir schon seit Jahren –, dass es endlich eine Koordinationsstelle Hitzevorsorge beim Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit gibt. Das ist natürlich erst einmal für das Gesundheitsministerium relevant. Aber wir erwarten auch die Zusammenarbeit und eine spiegelbildliche Stelle im Landesamt für Umwelt, sodass es eine intensive Zusammenarbeit zwischen dem Umwelt- und dem Gesundheitsbereich gibt.

Wie bei der Starkregenvorsorge erwarten wir auch da ein Sonderförderprogramm, das die Kommunen bei den Hitzeaktionsplänen unterstützt. Die Hitzeaktionspläne dürfen kein Zufallsereignis mehr sein, das Städte selbst in die Hand nehmen. Sie müssen dringend Unterstützung erhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auf eine Anfrage von uns im letzten Jahr hieß es dann: Die Hitzeaktionspläne können vielleicht aus einem der Klimaprogramme gefördert werden. – Nein, wir brauchen ein konkretes Förderprogramm, das die Kommunen darauf hinweist, dass sie Hitzeaktionspläne erstellen sollen. Sie brauchen auch eine Ansprechperson.

Als letzten und elften Punkt haben wir noch die bayerischen Feuerwehren in den Blick genommen. Sie brauchen Spezialausrüstung. Dass wir unsere Feuerwehren gut ausstatten, ist immer wichtig. Auch da kann der Freistaat unterstützend Hilfe leisten. Aber einen Punkt will ich herausheben: Wir haben die Hubschrauber und die Luftunterstützung für die Waldbrandgefahren abgefragt. Da hieß es, dass in Bayern maximal zehn Hubschrauber zur Verfügung gestellt werden können. – Jetzt stelle ich mir mal vor, dass wir ein Extremhitzeereignis wie in Kanada hätten und 120 Stellen, an denen es gleichzeitig zu brennen begänne, weil gleichzeitig Gewitter niederprasselten. So war das. Wie wollen wir mit zehn Hubschraubern in so einer Situation Waldbrandvorsorge betreiben? – Das Einsatzkonzept muss dringend in den Blick genommen und überar-

beitet werden. Die Kapazitäten, die man im Bedarfsfall bereitstellt, müssen erkannt werden und gesichert sein.

Bitte nehmen Sie endlich das leise, stille, zigfache Sterben bei Hitzewellen ernst, auch wenn es nicht die großen Schlagzeilen macht. Übersterblichkeit in Heißzeiten ist gravierend. Deswegen brauchen wir –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit.

Patrick Friedl (GRÜNE): Hitzeaktionspläne. Wir brauchen Hitzevorsorge. Wir müssen uns mit den Extremhitzeereignissen auseinandersetzen, sonst werden diese viele Menschenleben kosten. Handeln Sie jetzt, und stimmen Sie unserem Sofortprogramm zu!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Vielen Dank. – Nächster Redner ist der Kollege Martin Wagle von der CSU-Fraktion.

Martin Wagle (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben hier an selber Stelle erst am 24. Juni den Hochwasserschutz thematisiert. Wir waren uns einig, dass es sich um ein wichtiges und dringendes Thema handelt. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, natürlich sind wir uns einig: Jetzt ist die Zeit, zu handeln; denn die Folgen der aktuellen Wetterextreme dürfen nicht zur neuen Normalität werden. Zudem sind alle Experten einig, dass extreme Hochwasser und Starkregenereignisse künftig sogar noch häufiger auftreten werden.

Daher muss vorgesorgt werden, und die Vorsorge beginnt direkt vor Ort. Jede Gemeinde, jede Stadt, jedes Dorf kann Maßnahmen treffen; denn lokale Katastrophenlagen können auch an den Orten entstehen, an denen es nicht einmal ein Gewässer gibt. Daher muss jede Kommune in Bayern vorbereitet sein, und Sie können sicher sein: Der Freistaat lässt seine Kommunen bei den entsprechenden Vorbereitungen

nicht allein. Starkregengefahrenkarten nach dem Vorbild von Passau und Herrieden werden eingeführt und vernetzt.

Dafür braucht es die Fortführung, zum Beispiel den Ausbau der bestehenden staatlichen Förderung für das Sturzflut-Risikomanagement. Bei diesem Förderprogramm, das es übrigens seit 2017 gibt, wird die Erstellung kommunaler Starkregenschutzkonzepte mit 75 % gefördert. In anderen Bundesländern gibt es derartige Förderprogramme in dieser Form nicht oder nur mit deutlich geringeren Zuschüssen. Wie Sie vorher angesprochen haben, haben in Bayern bereits 100 Kommunen Fördermittel beantragt; dabei wurden circa 12 Millionen Euro für die Erstellung von Schutzkonzepten beantragt. Ausreichend Mittel für weitere Förderanträge stehen zur Verfügung. Das haben Sie auch gesagt.

Dass die Mittel zur Verfügung stehen, ist wichtig. Aber die Kommunen müssen sie natürlich auch abrufen. Aktuell findet eine Evaluierung dieses Sonderprogramms statt. Dabei werden die Erfahrungen aus bisherigen Projekten gesammelt und ausgewertet. Ab 2022 können die "Integralen Konzepte zum kommunalen Sturzflut-Risikomanagement" wieder nach den Richtlinien für die Zuwendung zu wasserrechtlichen Vorhaben, also RZWas, gefördert werden.

Interessierte Kommunen können sich aber bereits jetzt an ihr zuständiges Wasserwirtschaftsamt wenden. Die Konzeptförderung beleuchtet neben den klassischen Möglichkeiten des technischen Hochwasserschutzes gegen Sturzfluten auch die Hochwasservorsorge bei der Flächennutzung und der Bauleitplanung.Das ist sehr wichtig; denn das Wasser hält sich nicht an irgendein Bachbett, sondern sucht sich selbst seinen Lauf. Deshalb ist es wichtig, dass bei der Bauleitplanung darauf Rücksicht genommen wird. Das müssen die Kommunen vor Ort auch mit den Grundstückseigentümern klären und dafür sorgen, dass so gebaut wird, dass Sturzfluten nur geringe Schäden anrichten können. Auch dann ist schon geholfen.

Sehr geehrte Damen und Herren, darüber hinaus hat der Freistaat bereits Gefahrenkarten für Hochwasser für über 8.000 Kilometer an Flüssen und Bächen in Bayern erstellt. Es handelt sich um alle staatlichen Gewässer und um einige besonders gefährliche kommunale Gewässer. Hier können Kommunen ihr individuelles Hochwasserrisiko erkennen. Diese Hochwasserrisiko-Managementpläne enthalten eine Risikobewertung und eine Maßnahmenauswahl auf kommunaler und regionaler Ebene. Bei dieser Erstellung haben die Städte, die Gemeinden, die Träger der öffentlichen Infrastruktur, Verbände, Fachbehörden, Regierungen, Kreisverwaltungsbehörden, Wasserwirtschaftsämter und das Landesamt für Umwelt eng zusammengearbeitet.

Sie sehen, Bayern hat längst Maßnahmen ergriffen, um sich gegen schwere Sturzfluten und Hochwasserlagen zu wappnen. Es nutzt also gar nichts, hier so zu tun, als hätte die Staatsregierung verschlafen. Das ist weder zutreffend noch zielführend. Noch weniger nutzt es, jetzt den Eindruck zu erwecken, jedes noch bestehende Problem könnte jetzt sofort gelöst werden. Der Freistaat drückt aufs Tempo, um die Starkregenvorsorge zu verbessern. Darauf können Sie von den GRÜNEN sich verlassen, und darauf können sich auch die Menschen in Bayern verlassen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte auch zum Thema Hitzevorsorge Stellung nehmen. Es ist schon angesprochen worden. Die Prognosen lauten: Die Hitzetage werden mehr, das Temperatur-Jahresmittel wird steigen, und auch die Temperaturspitzen werden steigen. Wir haben diese Anregungen in Bayern ernst genommen. Das Bayerische Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit hat bereits eine sogenannte Toolbox zur Unterstützung bei der Erstellung von Maßnahmen und Konzepten für Hitzepläne in Kommunen herausgegeben. Ziel dieser Toolbox, also dieses Werkzeugkastens, ist es, Kommunen bei der Gestaltung und Planung von Hitzeanpassungsmaßnahmen zu unterstützten. Sie soll es den Kommunen erleichtern, Hitzepläne zu erstellen, die ihren eigenen individuellen Strukturen, Bedürfnissen und Mitteln angepasst sind.

Lassen Sie mich zum Schluss noch etwas zu Ihrem letzten Punkt, dem Punkt 11 anmerken. Sie fordern hier gezielte Unterstützung für die Ausrüstung der bayerischen Feuerwehren zur Waldbrandbekämpfung. Ich kann Ihnen versichern: Jede bayerische Feuerwehr ist darauf vorbereitet, auch Waldbrände zu bekämpfen. Die Feuerwehren verfügen zum Beispiel über Ausstattungen zur Wasserförderung über längere Schlauchstrecken. Es gibt auch eine ausreichende Zahl von Wärmebildkameras, um Glutnester zu entdecken sowie viele andere technische Hilfsmittel, mit denen die Ortskenntnis und die Erfahrungen der aktiven Feuerwehrler vor Ort unterstützt werden. Diese Feuerwehrleute sind hoch motiviert und 24 Stunden am Tag einsatzbereit. Daneben sollen den Feuerwehren im Rahmen des Sonderinvestitionsprogramms "Katastrophenschutz Bayern 2030" weitere Ausstattungen zur Waldbrandbekämpfung zur Verfügung gestellt werden.

Meine Damen und Herren, letztendlich ist der Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN abzulehnen, weil er nichts Neues bringt. Er führt auch nicht weiter. Forderungen aufzustellen, die längst erfüllt sind oder die gerade abgearbeitet werden, macht keinen Sinn. Wir lehnen den Antrag deshalb ab.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Wagle, wir haben noch eine Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Patrick Friedl. Von daher haben Sie noch einmal Redezeit gewonnen. – Herr Friedl, bitte schön.

Patrick Friedl (GRÜNE): Lieber Herr Kollege Wagle, ich will zwei Punkte ansprechen, die Sie zuletzt genannt haben. Der eine ist: Meinen Sie, dass die Flugunterstützung bei Waldbränden in Bayern im Moment hinreichend ist?

Der zweite Punkt ist: In welchen Plänen der Feuerwehr wird für die Kühlung Vorsorge getroffen? Ich meine damit nicht die Wärmevorsorge für die Feuerwehrleute im Winter, sondern die Kühlung, wenn die Feuerwehrleute beim Waldbrand-Hitzeeinsatz sind.

Martin Wagle (CSU): Lieber Herr Kollege, die bayerische Feuerwehr ist gut vorbereitet. Bei einer Waldbrandgefahr gibt es schon vorab Flüge, um die Gefahr frühzeitig zu ermitteln. Wir starten also nicht erst, wenn bereits alles lichterloh brennt, sondern es gibt schon vorher die Warnungen wegen der Waldbrandgefahr usw. Hier ist Prävention ganz wichtig, deshalb werden diese Flüge auch eingesetzt. Das können Sie auch in den Medien verfolgen. Hier wird also sehr, sehr vieles getan. Der Freistaat ist auch gut vernetzt, was zusätzliche Flüge zur Waldbrandbekämpfung anbelangt.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Christian Klingen von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Christian Klingen (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren! Die Flutkatastrophen in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen waren ein Unwetterchaos mit Ansage. Es hat mit dem viel beschworenen Klimawandel allerdings wenig bis nichts zu tun. Es war aber zu erwarten, dass unsere geschätzten Kolleginnen und Kollegen von den "GRÜN*INNEN" das Leid der Menschen im Überschwemmungsgebiet bereitwillig nutzen würden, um die Missionierungsarbeit für ihre fanatisierte Klimareligion voranzutreiben.

(Beifall bei der AfD)

Das, was Sie als anthropogenen Klimawandel, also als eine vom Menschen wesentlich verursachte Erderwärmung bezeichnen, hat seine Ursachen in weit banaleren, wenn auch ebenso vom Menschen gemachten Fehlleistungen: Flächenverbrauch und verstärkte Versiegelung, Ansiedelungen in hochwassergefährdeten Gebieten, Begradigungen von Flüssen und Bächen, mangelnde Überflutungsschutzmaßnahmen wie Dämme, zu wenige Polder, Auen und Rückhaltebecken. In vielen bayerischen Städten wie etwa in meinem Wahlkreis Kitzingen haben die sogenannten selbsternannten Kon-

sensparteien über Jahre hinweg Bäume und Grünflächen zunehmend verbannt und alles zubetoniert.

Auch wenn die GRÜNEN nicht auf Landesebene regieren, so sind sie doch bereits in der Kommunalpolitik stark vertreten. Hier hätten sie schon längst ihren Einfluss stärker geltend machen können. Stattdessen stellen Sie anklagend fest, ich zitiere:

> Seit Jahrzehnten wurde die Entwässerung unserer Landschaften mit Gräben, Rohren, Drainagen, Kanälen massiv beschleunigt. Hinzu kommen die intensive Bewirtschaftung der Flächen, die Entfernung von Hecken und Feldrainen sowie die Verdichtung der Böden. Dies alles hat die Abflussgeschwindigkeiten und den Bodenabtrag aus der Fläche erhöht und verschärft die Bedrohung durch Sturzfluten und Hochwasser. Diese Landschaftsveränderungen rückgängig zu machen, ist der erste Schritt zu einem wirksamen Hochwasserschutz.

Da haben Sie allerdings recht. Gehandelt haben Sie bisher jedoch nicht danach. Übrigens muss Regenwasser auch nicht über die Kanalisation in Fließgewässer abgeleitet werden, sondern es kann als Nutzwasser direkt vor Ort sinnvoller eingesetzt werden. Dazu hatten wir einen Antrag gestellt, den Sie aber alle abgelehnt haben.

Meine Damen und Herren, hierin sind die Ursachen für zunehmende Unwetterfolgen zu suchen. Immerhin scheint in Österreich der Hochwasserschutz funktioniert zu haben. Es sollte aber nicht vergessen werden, dass es deutschlandweit für den Katastrophenfall kein einheitliches Sirenenwarnsystem gibt, nachdem die Sirenenwarnnetze nach der Wiedervereinigung ausgedünnt und Ämter des Zivilschutz-Warndienstes aufgelöst wurden. Es ist geradezu lächerlich, dass eine rechtzeitige Katastrophenwarnung in Deutschland aufgrund von Datenschutzeinschränkungen offenbar nicht möglich war.

(Beifall bei der AfD)

So konnten entsprechende Warn-SMS an betroffene Bürger nicht versendet werden. Das heißt, in Deutschland muss man im Hochwasser umkommen oder sein Hab und Gut verlieren, aber wenigstens ist das datenschutzkonform.T-Online berichtete, dass Sirenen nicht eingeschaltet wurden, um, so wörtlich, keine Panik bei der Bevölkerung zu erzeugen. Bevor Sie wieder sagen, das seien Fake News: Lesen Sie es nach! Das kam gestern bei T-Online.

Dies alles zeigt: Wir brauchen nicht mehr Gesetze und Verordnungen, sondern stattdessen mehr Verantwortungsbewusstsein, mehr Sorgfalt, eine bessere Koordination von nachgeordneten Krisenpräventionsteams sowie mehr gesunden Menschenverstand.

Zusätzlich wäre mehr Empathie bei den Politikern wichtig, wenn es um die Sicherheit der Bürger unseres Landes geht.

Zudem brauchen wir mehr Geld für Kapazitäten für das THW, die Feuerwehren und auch die Bundeswehr.

Selbstverständlich muss die 2019 abgeschaffte Katastrophenhilfe wieder aufgelegt werden, allerdings für jede Art von Naturkatastrophen. Sich nur auf Starkregen oder Hitze zu konzentrieren, führt nur dazu, dass wir uns am Ende in einer Diskussion um Begrifflichkeiten verzetteln.

Die aktuell angekündigten Hilfsgelder für die durch Überflutung um ihr Hab und Gut gebrachten privaten Haushalte betragen bundesweit 400 Millionen Euro. Zum Vergleich: Der Ausbau des Kanzleramts kommt auf 600 Millionen Euro. Das zeigt, wo unsere Regierungsverantwortlichen die Prioritäten setzen.

(Beifall bei der AfD)

Vieles, was die GRÜNEN mit ihrem Antrag fordern, gibt es bereits. Es müsste nur richtig umgesetzt werden. Deshalb lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Kollege Benno Zierer von der Fraktion der FREIEN WÄHLER. – Herr Zierer, Sie haben das Wort.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben die letzten zwei Tage schon viel über die schlimmen Unwetterkatastrophen in Deutschland geredet. Dabei wurde deutlich, dass es vor allem schnelle Hilfe vor Ort geben muss. Dafür haben wir unsere Feuerwehren und das Technische Hilfswerk, die hervorragende Arbeit geleistet haben.

Eine weitere Taskforce, wie von Ihnen gefordert, bedeutet wieder mehr Bürokratie. Wie eine solche Taskforce aussehen soll, erwähnen Sie aber mit keinem Wort. "Taskforce" ist ein ursprünglich aus dem Militär stammender Begriff. Das ist eine für eine begrenzte Zeit gebildete Arbeitsgruppe mit umfassenden Entscheidungskompetenzen zur Lösung komplexer Probleme. Wir brauchen sie nicht. Wir haben schon eine, nämlich unseren Landtag; der reicht. Mehr Bürokratie brauchen wir nicht. Hier sind wir bereits gut aufgestellt mit den Fachleuten aus dem Umweltministerium, die ständig an Problemen arbeiten, auch mit Fachleuten aus dem Innenministerium.

Ihre Forderung ist eine Ohrfeige für unsere Landratsämter und unsere Katastrophendienste vor Ort. Die Feuerwehren, das Technische Hilfswerk und alle diejenigen, die in diesem Bereich arbeiten, arbeiten hervorragend zusammen. Kein Feuerwehrler beklagt sich über mangelnde Ausrüstung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ganz wichtig ist, dass bei solchen Fällen auch übergreifend zusammengeholfen wird. Dies tun die Landwirte, die Maschinenringe und der Bauernverband. Alles, was zur Verfügung steht, wird mobilisiert. Wir hatten schon Fälle, bei denen die Landwirte mit ihren Güllefässern hinausgefahren sind und die Feuerwehren unterstützt haben. Das ist auch richtig so. Aber dafür braucht man keine Taskforce. Man braucht bei diesen

Problemen engagierte Menschen und, wie es heute immer wieder gesagt worden ist, einen gesunden Menschenverstand. Ich glaube, der ist zum großen Teil vorhanden. Wir sollten die Leute arbeiten lassen und sie dort unterstützen, wo es nötig ist.

Unsere Städte müssen grüner und blauer werden.

(Zuruf von der AfD: Blauer?)

– Ja, selbstverständlich. Wir müssen in unseren Städten die vergrabenen Flüsschen wieder aufmachen, um dort ein Klima zu schaffen, das das Ganze wieder bewohnbar macht.

Selbstverständlich müssen wir auch Maßnahmen ergreifen, damit Sturzfluten, die dort, wo sie herunterkommen, nie berechenbar sind, in Zukunft, wenn es geht, verhindert werden können. Das ist aber zum Teil ein Wunschdenken, weil wir nie wissen, wo große Regenereignisse stattfinden werden.

Hier sind wir mit dem Plan, den das Umweltministerium hat, auf dem richtigen Weg. Bereits Anfang des Jahres hat unser Umweltminister den Leitfaden für Kommunen und Planer vorgestellt. Hier muss gearbeitet werden. Die Vorgaben aus München sind vorhanden. Die Gelder wird es geben. Wir müssen dies den Kommunen nur ermöglichen, und zwar möglichst ohne Bürokratie, die die Kommunen immer wieder bejammern, beispielsweise bei einem Antrag, der lange nicht bearbeitet wird. Hier müssen wir tätig werden. Die Gelder und der Wille sind vorhanden. Wir müssen nur schneller werden; dann werden wir auch den gewünschten Erfolg haben.

Wir können nur hoffen, dass solche punktuellen Ereignisse in Zukunft nicht mehr so massiv auftreten; dabei wird uns unsere Hilfslosigkeit natürlich vor Augen geführt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Zierer. Ich sehe keine Intervention. – Dann darf ich die Frau Abgeordnete Ruth Müller aufrufen. – Bitte schön, Frau Kollegin Müller.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Hochwasserkatastrophe hat Deutschland furchtbar getroffen, auch uns in Bayern. Wir waren in Niederbayern betroffen, aber auch in Oberbayern und in Franken. Wir alle haben die schrecklichen Bilder gesehen, die uns die ganze Kraft der Natur vor Augen geführt haben.

Unsere Gedanken sind bei den Menschen, die Angehörige verloren haben, die verletzt wurden oder deren Hab und Gut unwiederbringlich zerstört wurde.

Es ist gut und richtig, dass den Menschen jetzt schnell geholfen wird. Deshalb war unser Vizekanzler Olaf Scholz in Nordrhein-Westfalen, in Rheinland-Pfalz und natürlich auch in Bayern. Er hat Soforthilfen in Aussicht gestellt. Der Bund stellt 200 Millionen Euro zur Verfügung und wir im Landtag 50 Millionen Euro. Das zeigt: Wir lassen niemanden allein. Das zeigt aber auch: Wir halten als Gesellschaft zusammen. Wir verwahren uns gegen die Spalter und Klimaleugner von rechts.

Die große Solidarität zeigt sich auch im mutigen Einsatz unserer vielen freiwilligen Hilfskräfte, den Frauen und Männern bei der Feuerwehr, den Rettungsdiensten, dem THW und allen anderen Helferinnen und Helfern. Ihnen danke ich im Namen der SPD-Landtagsfraktion von ganzem Herzen.

(Beifall bei der SPD)

Was ist jetzt zu tun? – Wir haben die letzten zwei Tage schon viele Vorschläge gehört. Wir als SPD haben einen umfangreichen Antrag vorgelegt, der vor allem bei der Schadensregulierung ganz Bayern im Blick hat. Nun erhalten wohl auch die Betroffenen in Niederbayern wie beispielsweise in Landshut entsprechende Unterstützung.

Klar ist, dass wir wieder flächendeckend funktionierende Sirenen brauchen. Dazu brauchen wir aber auch Bürgerinnen und Bürger, die akzeptieren, dass eine Sirene in ihrer Nachbarschaft ist. Das weiß ich aus eigener Erfahrung aus den Diskussionen bei uns im Gemeinderat. Rein digitale Warnungen reichen einfach nicht aus. Gerade wenn die Stromversorgung unterbrochen ist, aber auch für die ältere Bevölkerung braucht es die akustische Warnung, die jeder kennt, die jeder versteht und die jeder hört.

Klar ist auch – das haben wir mit unserem Antrag gefordert –, dass die Sturzflutgefahrenkarten veröffentlicht werden müssen.

Wir müssen die Kommunen weiter für den Hochwasserschutz sensibilisieren. Das bisherige Programm des Umweltministeriums wird nicht genügend nachgefragt. Nur 100 unserer 2.056 Gemeinden haben bisher einen Förderantrag gestellt. Das ist zu wenig. Aber ich bin mir sicher: Aufgrund der aktuellen Ereignisse wird sich hier das Bewusstsein des einen oder anderen Gemeinderats ändern. Dies wird eine andere Dynamik in die Entscheidungen bringen.

Wir haben schon im Dezember gefordert, die RZWas entsprechend anzupassen, damit die Wasserinfrastruktur ausgebaut wird, gerade im Hinblick auf den Klimawandel. Die CSU und die FREIEN WÄHLER haben dies leider abgelehnt. Das ist eine gesamtbayerische Aufgabe. Deshalb müssen die Eigenbeteiligungen hier viel niedriger sein.

Wir haben in unserem Dringlichkeitsantrag ausführlich dargelegt, was zu tun ist. Der Antrag der GRÜNEN bleibt dahinter zurück, weswegen wir uns dazu enthalten.Er ist ein Sammelsurium abstrakter Stichpunkte, ohne ansatzweise konkret zu werden. Irgendwelche Taskforces und Koordinierungsstellen bringen unserer Meinung nach keine Erleichterungen, sondern im Zweifel nur neue Bürokratie. Präventive Öffentlichkeitsarbeit – das gehört auch zur Wahrheit – wird längst betrieben. Viel wichtiger ist, dass wir jetzt gemeinsam anpacken und Lösungen erarbeiten, wie wir effektive Klima-

politik betreiben können, um die Gefahren solcher Naturkatastrophen zu minimieren. Aktuell ist es das Wichtigste, den betroffenen Menschen schnell und unbürokratisch beim Wiederaufbau zu helfen und ihnen jede Unterstützung zukommen zu lassen, die möglich ist.

(Beifall)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich darf den nächsten Redner aufrufen. Das ist Herr Abgeordneter Christoph Skutella von der FDP-Fraktion. Bitte treten Sie ans Rednerpult.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben grundsätzlich Sympathie für den Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN. Die Themen Starkregenereignisse und Hitzewellen werden uns in den nächsten Jahren immer wieder aufs Neue beschäftigen. Wir müssen nicht nur beim Klimaschutz, sondern auch bei den Klimaanpassungsmaßnahmen eine Schippe drauflegen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind teilweise sinnvoll. Teilweise muss ich jedoch auch einige Fragezeichen hinter Ihre Forderungen setzen.

Fangen wir einmal mit den Forderungen zum Thema Starkregen an. An dieser Stelle gehen wir mit. Wir brauchen die Starkregengefahrenkarten, die analog zu den bereits bestehenden Hochwassergefahrenkarten veröffentlicht werden müssen. Das schafft Transparenz und Aufklärung über die Gefahren des Starkregens. Jeder Hausbesitzer kann sich selbst einen Überblick über die Situation seines eigenen Grundstücks verschaffen. Das Sonderprogramm "Integrale Konzepte zum kommunalen Sturzflut-Risikomanagement" sollte neu aufgelegt werden, um vor allem finanzschwache Kommunen zu entlasten.

Das Frühwarnsystem für Starkregenereignisse halten wir ebenfalls für wichtig. Ehrlicherweise muss man jedoch zugeben, dass die Warnzeiten extrem knapp bemessen sind und wahrscheinlich mit den aktuellen Methoden schwer vorhergesagt werden können. Deshalb würden wir gerne die Forschung intensivieren. Das haben wir auch

mit unserem Dringlichkeitsantrag 18/17282 gefordert. Auf diese Weise kann eine bessere Vorsorge und eine schnellere Warnung erreicht werden.

Keinerlei Details oder Ausgestaltung – das haben bereits die Vorredner gesagt – gibt es zum Thema Taskforce. Das gilt sowohl für den Bereich Hitze als auch für andere Bereiche. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, seit der Taskforce Scheuer/Spahn bin ich sehr skeptisch, ob eine Taskforce das richtige Mittel ist. Die Probleme liegen strukturell tiefer. Deshalb sind wir bei diesem Punkt skeptisch.

Wir stimmen der Forderung zu, die kommunalen Hitzeaktionspläne dringend auszubauen. Sie haben bereits angesprochen, dass dies notwendig ist, um die vulnerablen Gruppen, die Senioren, Kinder und Pflegebedürftige, zu schützen. Im Falle eines Hitzeereignisses müssen alle Verantwortlichen in Krankenhäusern, Kindergärten und Pflegeeinrichtungen wissen, was zu tun ist. Nach den schrecklichen Tagen der Katastrophen muss Bewusstsein für die Gefahren geschaffen werden. Die Signale der letzten drei Tage, auch im Landtag, waren sehr deutlich, dass man das im Auge hat. Man muss die Bevölkerung und die Gesellschaft dafür sensibilisieren. Wir müssen uns auf solche Extremwetterereignisse einstellen.

Zwar finden wir die Vorschläge gut, sie sind jedoch noch nicht ausgereift. Deshalb werden wir uns enthalten.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Als Nächster hat Herr Staatsminister Thorsten Glauber ums Wort gebeten. Herr Staatsminister, bitte schön.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Herr Präsident, verehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Viele der Fragen habe ich vorhin schon angeschnitten oder beantwortet. Im Hinblick auf den Hochwasserschutz und die Starkregenereignisse müssen wir in den nächsten Jahren und Jahrzehnten den bisher beschrittenen Weg, aber auch den vor uns liegenden Weg weitergehen. Wir müssen

das Thema in den Mittelpunkt rücken. Dies gilt für jede einzelne Kommune. Den Kollegen Benno Zierer und Martin Wagle von den Regierungsfraktionen bin ich sehr dankbar. Ich bin auch Frau Kollegin Müller dankbar, die darauf hinweist, dass die Kommunen in die Pflicht genommen werden sollten.

Herr Kollege Friedl, davon höre ich nichts. Aufgrund des Hochwasserschutzes bin ich viel draußen unterwegs. Gehen Sie gerne mit. Ich finde es spannend, wenn in einem Kommunalparlament bei einem Fördersatz von bis zu 75 % am Ende darüber gesprochen wird, ob 40 cm hohe Mäuerchen in der Kommune benötigt werden. Möchte ich diesen Wall mit einem Meter? Das gefällt mir nicht. Dann kann ich nicht mehr in die freie Natur hinaussehen. – Ich schätze die kommunale Familie und bin auch selbst leidenschaftlicher Gemeinderat. Manchmal sind die Debatten aber sehr mühsam. Wenn wir die Herausforderungen, die uns in ganz Bayern bevorstehen, wirklich ernstnehmen wollen, müssen wir – das ist mein Appell – das Beratungsangebot für die Kommunen an den 17 Wasserwirtschaftsämtern ausbauen.

Das Geld steht zur Verfügung. Der Fördersatz beträgt bis zu 75 % für den Hochwasserschutz an Gewässern dritter Ordnung. Das gilt auch für Konzepte zum Sturzflut-Risikomanagement. Ein Aktionsplan darf am Ende nicht im Aktenschrank liegen bleiben. Dann muss der nächste Schritt erfolgen. Es gibt viele Aktionspläne. Wenn wir Hitzeaktionspläne haben, diese am Ende jedoch nicht umgesetzt werden, tun wir uns schwer. Das gilt auch für das Thema Hochwasserschutz und Sturzfluten. Am Ende müssen bauliche Maßnahmen stehen. Der Staat ist für 9.000 Kilometer der Gewässer erster und zweiter Ordnung verantwortlich. Die Gewässer dritter Ordnung habe ich angesprochen.

Ich bin der Meinung, dass das Thema "Klimawandel meistern" völlig angekommen ist. Gestern haben wir die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten gehört. Wir arbeiten an einer Fortschreibung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes. Schon bei der Vorstellung des ersten Klimaschutzgesetzes haben wir gesagt: Wenn der Bund ändert, werden wir nachziehen. Jetzt machen wir es sogar noch schneller als der Bund. Wir

machen Bayern bereits bis zum Jahr 2040 klimaneutral. Das ist eine riesige Herausforderung.

Herr Kollege Friedl, man spricht immer über Budgets, das bayerische Budget und das deutsche Budget. Herr Kollege Friedl, Sie wissen ganz genau: Das deutsche Budget wird in China in siebeneinhalb Monaten verbraucht.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

– Herr Kollege Hartmann, ich verstehe gar nicht, warum Sie sich jetzt aufregen. Sie haben sich noch gar nicht angehört, was ich erzählen werde. Sie regen sich schon auf, bevor Sie wissen, worum es geht.

(Beifall)

Ich glaube, dass Deutschland seine Aufgabe erfüllen wird. Auch Bayern wird seine Aufgabe erfüllen. Wenn wir China und die USA nicht dazu bekommen, werden wir weiterhin die Ereignisse, die wir aktuell haben, managen müssen. Das muss uns klar sein. Wir müssen Anpassungsstrategien entwickeln, weil andere Länder ihre Aufgaben nicht erfüllen. Damit will ich mich nicht aus der Verantwortung stehlen. Ich will nur sagen: Nicht alles liegt in meiner Hand. Das gehört auch in die Debatte hinein. Manchmal wundere ich mich, warum in einer solchen Debatte nicht über das große Ganze diskutiert wird.

(Beifall)

Ich sage noch einmal: Der Dank gilt unseren Hilfskräften. Die Hilfskräfte des THW und der Feuerwehr sind heute weniger im Brandfall als für die technische Hilfeleistung im Einsatz.Diese technische Hilfeleistung funktioniert in einer exzellenten Art und Weise. Klaus Adelt hat das vorhin angesprochen.

Eines muss man wirklich sagen: Sie sprechen von einer Taskforce. Mit unserem Landesamt für Umwelt und der Zusammenarbeit mit dem DWD haben wir letztendlich ein

erprobtes, gutes System. Unsere Landratsämter können bei einem Katastrophenfall im Einsatz mit dem THW und ihren Feuerwehren hervorragend Hilfe leisten. Sie haben auch in den letzten acht Wochen in Bayern in einer erstklassigen Art und Weise bewiesen, wie diese Alarmierungskette, aber auch wie gut diese Hilfeleistung funktioniert. Meinen herzlichen Dank für das, was Frauen und Männer da geleistet haben.

(Beifall)

Auch das Thema der Soforthilfen wird jetzt leidenschaftlich diskutiert. Es ist ganz bewusst eine Soforthilfe. Natürlich müssen wir diese Soforthilfe in Bayern in 15 betroffenen Regionen und Landkreisen jetzt angehen. Wir müssen jetzt schauen, wem am Ende des Tages mit einer Soforthilfe von 2.500 Euro bzw. 5.000 Euro unter die Arme gegriffen werden kann.

Da geht es nicht um diese Herkulesaufgabe für Gebäudewiederaufbau. Jeder weiß, dass da ganz andere Summen im Raum stehen. Umso wichtiger ist es, am Ende noch mal klarzumachen – das Wirtschaftsministerium hat eine Abfrage gemacht –, dass in Bayern eigentlich jedes Gebäude elementarversicherbar ist. Der Finanzminister hat es angesprochen. Wir müssen noch mehr klarmachen: Elementarversicherungen sind dringend notwendig. Am Ende des Tages – auch der Vorschlag ist von der GRÜNEN-Fraktion gekommen – glaube ich nicht, dass man dem mit einer Sozialisierung wirklich gerecht wird. Man muss wirklich dafür sorgen, dass diese Elementarversicherung, die notwendig ist, gut umgesetzt wird.

Ein Letztes möchte ich noch ansprechen: Bauen. – Es gibt die Hochwasserlage, die die Häuser im Prinzip von oben überschwemmt, sprich Straßen und Regionen überflutet. Es gibt aber auch, wie Klaus Adelt es beschrieben hat, den Überlastfall im Kanal. Mein Appell als Planer und auch als Architekt ist immer wieder: Ich erkenne immer wieder, wenn man in die Gemeinden gerufen wird, dass eigentlich eine Abwassersatzung vorliegt; in dieser Abwassersatzung steht ganz klar niedergeschrieben: Zu entwässern ist über Erdgleiche. – Leider wird oft nicht über Erdgleiche entwässert, und

dann ist der Überlastfall im Kanal ein hydraulisches System, das den kompletten Keller flutet. Sie werden über das Kanalsystem komplettes Hochwasser bekommen.

Wenn aber die Kommunen in ihrer Verantwortung nicht darauf achten, dass ihre eigenen Entwässerungssatzungen wirklich vollzogen werden, dann ist das problematisch, weil wir das am Ende des Tages gar nicht lösen können. Deshalb muss man immer wieder appellieren. Heutzutage sind die technischen Möglichkeiten gegeben.

Wir werden als Freistaat Bayern mit ganzem Engagement und ganzer Kraft an allen Gewässern weiter daran arbeiten. Wir werden im alpinen Bereich noch mal nachlegen. Wir werden Karten zu diesem Sturzflutrisikomanagement vorlegen, und wir werden bei unseren Hochwassergefahrenkarten – das habe ich angesprochen, HQ100 – immer in der Förderung sein. Wir fordern den Klimazuschlag schon ein und stellen damit auch schon auf ein künftiges 100-jährliches Hochwasser ab.

Das sind die Maßnahmen, die momentan in der Umsetzung sind. Das kommt aus dem Hochwasseraktionsprogramm 2020. Zwei Vorgängerinnen und Vorgänger sitzen hier, die das letztendlich zur Umsetzung gebracht haben. Da sind drei Milliarden Euro in Bayern investiert worden, und wir werden in den nächsten Jahren genau in dieser Dynamik weitermachen, um sowohl die Kommunen an die Hand zu nehmen als auch Bürgerinnen und Bürger in Bayern zu schützen.

(Beifall)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Bitte bleiben Sie noch. Die Anzeige zeigt Sitz 130. Ich glaube, das ist Herr Abgeordneter Kaltenhauser. Ist das richtig?

(Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Ja!)

– Gut, bitte schön.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Entschuldigen Sie alle, dass ich Sie vom Mittagessen abhalte. Noch eine ganz kurze Frage zur Starkregenkarte: Ich kann mir ja vorstellen, dass man Hochwasserkarten relativ gut berechnen kann. Starkregenkarten zu berechnen, dürfte schon ziemlich schwierig sein. Wenn ich mir vorstelle, wie vorher mehrfach diskutiert wurde, dass wir vor allem auf die Versicherungslösung setzen wollen, dann werden solche Karten natürlich für die Versicherungen sehr, sehr relevant werden, weil die sich dann wahrscheinlich darauf beziehen, wo ein höheres Risiko ist und wo nicht. Wie kriegt man es einigermaßen neutral und objektiv in einem sauberen Verfahren hin, dass das wirklich eine Karte ist, auf die sich alle gleichermaßen berufen können?

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Ich gebe Ihnen vollkommen recht, Herr Kollege Kaltenhauser, dass das nicht einfach ist. Ich kann Ihnen Unterlagen dazu zukommen lassen. Wir haben das in Modellierungsverfahren zum Beispiel hinsichtlich der Flutpolderrückhaltevolumina gemacht, die zu ersetzen wären. Damit entstehen letztendlich Modellierungen. Aus GPS-Daten, die die Vermessungsverwaltung vorlegt, erhalte ich eine Geländemodellierung. Aus dieser Geländemodellierung erhalte ich darunter eine Bebauungslage. Aus der Bebauungslage erhalte ich dann Wassermengen, die eintreten, und damit ein Risiko, das daraus entsteht. Sprich, es ist eine Modellierung aus den Daten der Vermessungsverwaltung, die Bayern gebirgig oder auch dreidimensional darstellt, des Einregnens und des Volumens und dann des Gefahrenpotenzials, das darunterliegt.

Ich gebe Ihnen natürlich recht, dass am Ende des Tages die Frage stehen wird: Ist ein Haus betroffen? Sind es 10 Häuser, sind es 100 Häuser? – Letztendlich muss man immer eine Risikoabschätzung machen. Das machen wir aber im Prinzip beim Hochwasserschutz immer wieder. Das ist gelebtes Verfahren.

Natürlich sind die Starkregenereignisse, auch das ist vorhin mal angesprochen worden – – Was ist eine Vb-Wetterlage? Der Süden Bayerns ist von Vb-Wetterlagen ganz

anders betroffen. Durch diese Vb-Wetterlagen sind die Risikofälle im Süden natürlich noch mal deutlich höher.

(Beifall)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen oder Interventionen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/17279 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der GRÜNEN alleine. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU und die AfD. Stimmenthaltungen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die SPD und die FDP und Herr Swoboda (fraktionslos). Noch eine Enthaltung aus der FDP. Sehe ich das richtig, Herr Duin? – Dann diese beiden Enthaltungen. Meine Damen und Herren, damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/17280 bis 18/17283 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.